

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 5/56. Jahrgang

Mai 2025

Schutzgebühr: 0,40 €

Profite statt Frieden

Aufrüstung und Übergang zur Kriegswirtschaft – das scheint zumindest für bestimmte Kapitalfraktionen eine Option zur Bewältigung der aktuellen Krise zu sein.

Aus Sicht des Bundesverbands der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie böten aktuell frei werdende Ressourcen in der Automobil- und Automobilzulieferindustrie besondere Chancen für einen schnellen Aufbau von Rüstungskapazitäten, insbesondere im Bereich größerer Serien, so deren Hauptgeschäftsführer Hans Christoph Atzpodien. „Anstatt einen volkswirtschaftlichen Schaden durch den Abschwung der Auto-Konjunktur zu beklagen, sollten wir versuchen, Produktionseinrichtungen und vor allem Fachkräfte aus dem Automobilsektor möglichst verträglich in den Defence-Bereich zu überführen“, wirbt er bei den Gewerkschaften für die geplante Kriegswirtschaft.

Angesichts des beispiellosen Auftragsbooms in Folge der jüngsten Aufrüstungsprogramme prognosti-

zierte Rheinmetall-Chef Armin Papperger jüngst in der „WirtschaftsWoche“ für sein Unternehmen „ein Potenzial zwischen 300 und 400 Mrd. Euro bis zum Jahr 2030“. Damit solche Profite langfristig realisiert werden können, ist es mit Aufrüstung allein nicht getan. Um die Nachfrage nach Rüstungsgütern dauerhaft sicherzustellen, müssen diese in Kriegen verbraucht werden. Das hat auch der politische Überbau verstanden.

Doch nur wenige sprechen es so deutlich aus wie BND-Chef Bruno Kahl, der in einem Interview in der „Deutschen Welle“ erklärte, ein Kriegsende in der Ukraine vor dem Ende des laufenden Jahrzehnts sei nicht wünschenswert. Manche mögen schockiert sein über den unmissverständlichen Ruf aus dem Staatsapparat nach Fortsetzung des tausendfachen Mordens. Die Profiteure

berufen sich schlicht auf das in „unserem“ Wirtschaftssystem garantierte Recht auf „unternehmerische Freiheit“.

Ulf Immelt



Kurz und Gießen:

Anträge der DKP im Stadtparlament S. 3

Hessen gegen Hetze S. 3

Weg mit dem Arbeitszeitgesetz?! S. 4

Meine Kinder geb ich nicht S. 5

Kliniken sind keine Kostentreiber S. 6

Rentenbetrug S. 7

Panzer statt Pkw?

Während wir oder unsere Kolleginnen und Kollegen auf die Straße gesetzt werden, machen die Eigentümer deutscher Konzerne Milliardengewinne. Damit die Kassen in Zukunft weiterhin klingeln, entledigt man sich kurzfristig nicht mehr benötigter Produktionskapazitäten und sucht nach Alternativen zum Erzielen von Gewinnen. Die Rüstungsbranche boomt. Daher kündigen reihenweise Unternehmen ihren Einstieg in oder den Ausbau der

Produktion von Militärgütern an.

Von der Umwandlung von zivilen Industriebetrieben in Rüstungs- und Waffenschmieden versprechen sich Kapitaleigner und Finanzspekulant ein riesiges Geschäft. So wie einst Thyssen, Krupp, Volkswagen, Daimler und BMW mit Rüstungsprodukten für den Zweiten Weltkrieg ihr Geld machten. Zuvor hatten sie die Machtübernahme Hitlers finanziert. Jetzt setzen sie wieder auf Krieg

Fortsetzung auf S. 2

Für Frieden und Sozialismus! DKP

und deutsche Großmachtspolitik.

Nachdem die alte Regierung mal eben die Verfassung angepasst hat, um den Weg für die 500 Mrd. Euro zur Kriegsvorbereitung freizumachen, fädelt unsere neue Regierung bereits das nächste Geschenk für die „Arbeitgeberverbände“ ein und vereinbart in ihrem Koalitionsvertrag die Ausweitung der gesetz-

lichen Höchstarbeitszeit auf bis zu 13 Stunden. Im Zuge des globalen Machtkampfes soll eben das Maximum aus uns herausgeholt werden.

Wir sollen schuften, Waffen bauen und im Zweifel in den Schützengräben und Schlachtfeldern der Zukunft verrecken. Und das alles, damit sich Einzelne die Taschen noch voller machen können.

Wir als DKP stellen uns gegen diesen imperialen Wahnsinn. Wir brauchen Investitionen in Soziales, Bildung und zivile Infrastruktur. Wir brauchen eine Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet. Denn auf Waffen lässt sich keine stabile Zukunft für uns alle aufbauen.

Ostermarsch 2025



Wesentlich mehr Teilnehmer als letztes Jahr beteiligten sich am Ostermarsch-Auftakt auf dem Gießener Hiroshima-Platz an der Katharinengasse. Bis zu 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnte Martina Lennartz als Moderatorin des Gießener Frie-

densnetzwerks begrüßen, die den zahlreichen Reden und den kämpferischen Liedern des "Friedens-Gitarristen" Broder Braumüller (Kulturförderpreisträger des Vogelsbergkreises 2016) folgten. Das Gießener Friedensnetzwerk hatte eine kämpferische und bun-

te Veranstaltung organisiert, die mit einer kurzen Demonstration durch die Gießener Innenstadt am Landgraf-Philipp-Platz mit einer Abschlusskundgebung endete. 114 Unterschriften konnten für den BERLINER APPELL gesammelt werden.

Radfahren in Gießen – alles bestens?

„Mehr Radfahrer und Fußgänger“ war kürzlich in der Gießener Lokalpresse zu lesen. Nur noch 40% der zurückgelegten Wege wären dem motorisierten Individualverkehr zuzurechnen. Wer sich zu Fuß oder mit dem Rad durch die Stadt bewegt, hat einen anderen Eindruck. Überall, wo Kraftfahrzeuge fahren dürfen, reiht sich Auto an Auto. In der Neuen Bäu, angeblich eine Fahrradstraße, ist bei der Post immer noch eine Fußgängerampel nötig. Radfahrer werden ohne Sicherheitsabstand überholt. Parksuchverkehr mit Ein- und Ausparken, Wenden und Ein- und Ausfahren an den Seitenstraßen behindert oder gefährdet Radfahrer. Am Anlagenring wurden

durch Fahrbahnmarkierungen Querungs- und Abbiegehilfen für Radler geschaffen. Für geübte Radfahrer ist das nützlich – aber nur für die, die zentimeternahen Kontakt mit Autos und Bussen nicht scheuen. Viele Menschen, die gerne Radfahren, meiden jede Straßen, die sie mit Kraftfahrzeugen teilen müssen.

In Gießen gibt es kaum Radrouten, in denen der Radverkehr deutlich vom motorisierten Verkehr getrennt ist. Viele Radrouten führen an Gießens Stadtgrenzen, aber keine führt autofrei in und durch die Stadt. Die Wegweisung für Radfahrer hört fast überall kurz nach der Stadtgrenze auf. Nur die überregionale Radroute R7 wird durch die gesam-

te Stadt geleitet, aber nicht autofrei. An Markttagen wird die Route am Kreuzplatz unterbrochen, kurz danach führt sie über den Marktplatz – das ist aber eher ein Busbahnhof als ein Platz. Das dort häufige Durcheinander von Bussen, Buspassagieren, Passanten und Fahrern verlangt von allen Nutzern des Platzes höchste Konzentration.

Es bleibt dabei: Radfahren in Gießen ist nur etwas für erfahrene und mutige Radlerinnen und Radler. Autofahrer werden nur aufs Rad umsteigen, wenn weitgehend autofreie Routen in und durch die Stadt geschaffen werden.

Gernot Linhart

Kurz und Gießen

Kall, mei Drobbe!



Anträge der DKP im Gießener Stadtparlament

- **Antrag: Den Leerstand in Gießen systematisch zu erfassen** und die Gründe des Leerstands zu identifizieren, um geeignete Instrumente zur Revitalisierung von Leerständen zu finden und somit den Gießener Wohnungsmarkt zu entspannen. **Abgelehnt:** „Wir haben keinen großen Leerstand“ (F. Arman, SPD), „Einen angespannten Wohnungsmarkt haben wir nicht.“ (Weigel- Greilich, Die Grünen), „Vieles hat nur den Anschein, dass es Leerstand ist.“ (C. Mihm, Gießener Linke)
- **Antrag: Alle genutzten digitalen Plattformen regelmäßig zu überprüfen**, um sicherzustellen, dass sie den aktuellen Anforderungen und Standards entsprechen, und gleichzeitig prüfen, ob es bessere Alternativen zur Plattform X gibt. **Abgelehnt**, denn das wäre ein soziales Medium, in welchem viele Menschen erreicht werden könnten.
- **Antrag: Das Angebot des Frauennachttaxis auch für Bürgergeldempfänger zu erweitern.** **Abgelehnt**, denn es heiße Frauennachttaxis und es gäbe genug Angebote, sicher nach Hause zu kommen.
- **Antrag: Abgabe von Lachgas an Minderjährige zu verbieten.** **Abgelehnt.** Begründung: Die Käufer fahren dann für den Kauf woanders hin.

CDU in blau

Gießener CDU in AfD-Blau? Eine inhaltlich enge Verbindung der „Werte“?



Landesregierung Hessen:

Statt gegen „Hass und Hetze“ Aufruf zu Denunziantentum und Spitzelei

Vor fünf Jahren hat die Hessische Landesregierung eine Meldestelle „gegen Hass und Hetze“ eingerichtet. Jeder, der sich berufen fühlt, kann dort seinen Nachbarn anonym anzeigen. Dazu gibt es auch die App „Meldehelden“. Das klingt nach „Maulhelden“, ist aber gefährlicher, weil es den armseligen Spitzel und Denunzianten als scheinbar besseren Menschen darstellt.

„Blockwart-App“ wäre die richtige Bezeichnung. Im letzten Jahr gingen etwa 30.000 „Hinweise“ ein, über eine Million Steuergelder wurden verpulvert.

Die Zunahme der Denunziationen ist darauf zurückzuführen, dass seit 2023 „extremistische“ Aktivitäten gemeldet werden können. Diese „Meldungen“ werden direkt an den Verfassungs“schutz“ weitergegeben, eine Behörde, die häufig Nähe

zu rechtsextremen Kreisen gezeigt hat. Erinnert sei an das gescheiterte NPD-Verbot wegen der gegenseitigen Durchmischung von Verfassungsschutz und faschistischer Partei.

Auf der genannten Homepage wird als Bedrohung das Wort „Klassenkampf“ benutzt.

Damit ist aber nicht der „Klassen-

kampf von oben“ gemeint, wenn z. B. Arbeiterrechte vom Großkapital und dessen Politik bedroht werden. Damit sind allein die Ideen von Karl Marx und Friedrich Engels gemeint, den Menschen ohne Kapital zu ihrem Recht zu verhelfen.

Wie geht die Steigerung weiter: Werden bald alle, die in politischer Opposition zur Landesregierung stehen, wieder auf

schwarze Listen geschrieben? Werden demokratische Verfassungsrechte – freie Meinungsäußerung, Gedankenfreiheit – weiter eingeschränkt? Werden die Berufsverbote, die so tapfer durch demokratische Kräfte im In- und Ausland fast weggekämpft wurden, wieder hervorgeholt? Jeder von uns ist dazu aufgerufen, der Repression entgegenzutreten, sich dagegen zu wehren. M. Berger



Suchmaschine zeigt die Wahrheit Unter der Suche nach "HESSEN DENUNZIERT" tauchen sofort 4 Ergebnisse für das Meldeportal der hessischen Landesregierung auf

Weg mit dem Arbeitszeitgesetz – zurück ins 19. Jahrhundert?!

Zwölf Stunden am Stück arbeiten. Glaubt man dem Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD, ist das kein Problem. Unternehmerverbände fordern seit Längerem ein Schleifen des Arbeitszeitgesetzes. Weg vom lästigen Tageslimit, das derzeit schon bei zehn Stunden liegt, hin zu einer maximalen Wochenarbeitszeit. Jetzt haben die Koalitionäre in

spe geliefert. Entsprechend groß ist die Begeisterung auf der Kapitaleseite.

Hotels, Restaurants, Caterer und ihre Beschäftigten bekämen flexiblere Möglichkeiten, die Arbeitszeiten zu vereinbaren, freut sich beispielsweise Sandra Warden, Geschäftsführerin des Gastroverbandes DE-HOGA. In diese Kerbe schlägt auch

René Glaser, Geschäftsführer des Handelsverbandes Sachsen: „Aktuell haben wir eine sehr starre Regelung zur täglichen Höchstarbeitszeit, die aus unserer Sicht den Anforderungen der digitalisierten und vernetzten Arbeitswelt immer weniger gerecht wird.“ Dabei unterschlägt er, dass die Arbeitszeiten in Deutschland aufgrund bestehender gesetzlicher Regelungen und tarifvertraglicher Gestaltungsmöglichkeiten schon jetzt ein enormes Maß an Flexibilität aufweisen.

Hinzu kommt, dass Überstunden nach Angaben des DGB für 44% der Beschäftigten an der Tagesordnung sind. Bei 10,1% der Vollzeitbeschäftigten beträgt die Wochenarbeitszeit samt Überstunden mehr als 48 Stunden. Der DGB verweist auch auf gesicherte arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse, wonach bei Arbeitszeiten über acht Stunden die Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit deutlich sinkt und das Risiko für gesundheitliche Beeinträchtigungen aufgrund von Verausgabung und Erschöpfung zunimmt.

Daher verwundert es nicht, dass sich in der Arbeitszeitbefragung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin eine große Mehrheit der Beschäftigten Arbeitszeitverkürzung wünscht. In der IG-Metall-Beschäftigtenumfrage von 2023 sprachen sich 96% der Befragten für mehr Verlässlichkeit und Planbarkeit der Arbeitszeit sowie für mehr Selbstbestimmung über die eigene Arbeitszeit innerhalb der geltenden Grenzen aus.

Dies alles macht dringenden politischen Handlungsbedarf bei der Arbeitszeit deutlich. Dieser besteht allerdings nicht darin, das Arbeitszeitgesetz aufzuweichen und immer längere Arbeitszeiten zuzulassen. Vielmehr bedarf es wirksamer Arbeitszeit- und Arbeitsschutzgesetze sowie einer verbindlich geregelten Arbeitszeiterfassung, um ausufernde Arbeitszeiten und zunehmende Arbeitsintensität einzudämmen.

Ulf Immelt



Hessen: Naturschutz? Kann weg!

Viel bewirkt hat die Beteiligung der Grünen an der Hessischen Landesregierung während zwei Wahlperioden nicht. Der Flughafen in Frankfurt wurde erweitert, Wälder wie der Dannenröder Forst wurden für Autobahnen gerodet. Beim Naturschutz stand die angebliche Umweltpartei durch ihr nahestehende Organisationen wie BUND und NABU etwas unter Druck.

Unter der CDU/SPD-Regierung soll mit solcher Rücksichtnahme Schluss gemacht werden. Unter dem Vorwand des Bürokratieab-

baus sollen Eingriffe in die Landschaft erleichtert werden. Bäche, Quellen, Feuchtgebiete, Auwälder, Heiden und artenreiche Wiesen sollen geplante Baumaßnahmen nicht mehr behindern. Wachtelkönig und Ameisenbläulinge sollen sich einen anderen Lebensraum suchen, wenn Investoren oder Straßenbauer Platz brauchen. Naturschutzverbände sollen bei solchen Eingriffen in die Landschaft keine Einwände mehr erheben können. Naturschutzbehörden werden nur noch informiert, können aber keinen Einspruch mehr

erheben. Das alles steht in einem „Bürokratieabbaugesetz“, dessen Inhalt jetzt vorzeitig bekannt wurde. Bürokratieabbau im Sinne der Bürger, z. B. Vereinfachungen beim alltäglichen Umgang mit Behörden, ist in dem Gesetz nicht vorgesehen. Es müsste eigentlich „Naturschutzverhinderungsgesetz“ heißen – aber so viel Ehrlichkeit will sich die Regierung nicht leisten.

Gernot Linhart (Informationen aus der Frankfurter Rundschau – Hessenseiten vom 6. 4. 2025)

Meine Kinder geb ich nicht

Im Koalitionsvertrag ist zu lesen, es sei „zwingend, dass wir die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte kurzfristig, nachdrücklich und nachhaltig erhöhen“. Die Bundeswehr müsse stärker im öffentlichen Leben „verankert“ werden. Die Rolle der Jugendoffiziere, „die an den Schulen einen wichtigen Bildungsauftrag erfüllen“, müsse gestärkt werden. „Wir schaffen einen neuen attraktiven Wehrdienst, der zunächst auf Freiwilligkeit basiert“, heißt es im Koalitionsvertrag. „Zunächst“!

„Und wenn die Freiwilligen nicht ausreichen?“ wurde die Wehrbeauftragte der alten Bundesregierung, Eva Högl, vom „stern“ im Juni 2024 befragt. Antwort: „Sollte die Zahl der Freiwilligen nicht reichen, muss es die Pflicht geben.“ Sie erklärte weiter, die von Boris Pistorius als Zielmenge für 2031 genannte Zahl von 203.000 reiche nicht aus. „Mindestens 100.000 mehr. Andere Militärexperten sagen, man müsste die Zahl verdoppeln. Aber wir tun uns ja schon schwer damit, die 200.000 zu erreichen.“ Umso wichtiger sei deshalb das neue Wehrdienstmodell. Wie sie selbst aus Umfragen weiß, lehnen zwei Drittel der 18- bis 29-jährigen die Wehrpflicht ab. Die Rechtsplattform „Legal Tribute



Online“ dazu: „Es geht eben nicht nur um eine Musterungspflicht, wie manche in Deutschland das Modell derzeit missverstehen.“

Beim „Girls Day“, auf Stadtfesten und in der Schule versucht die Bundeswehr, junge Menschen für den Dienst an der Waffe zu begeistern – dabei spricht niemand davon, wie die Realität aussehen wird.

Ursula von der Leyen, damals Verteidigungsministerin, 2016 in einem Interview: „Wenn meine eigenen Kinder zur Bundeswehr gehen wollten, dann ähm, und es wäre ein Auslandseinsatz notwendig, dann würden sie mitgehen müssen. Und ich würde genauso zittern und bangen wie jede andere Mutter.“ Moderatorin: „Ist jemand von ihren Kindern bei der Bundeswehr?“ Antwort: „Nein.“ Aktuell klären uns weitere

Politiker und Politikerinnen darüber auf, dass sie sich und ihre Kinder nicht im persönlichen Einsatz im Kriegsfall sehen. Das war schon immer so: Es trifft die Kinder des einfachen Volkes. Diese werden, wie man in der Ukraine sieht, notfalls auch mit Gewalt von der Straße weggefangen.

In der Folge des Vietnamkriegs begingen mehr Veteranen Selbstmord als Soldaten im Krieg gefallen waren. Die Bundeswehr verfügt über ein Psychotrauma-Zentrum, weil mit traumatisierten Soldaten zu rechnen ist. Die Jugendlichen haben das richtige Gespür, wenn sie sich mehrheitlich gegen Wehrpflicht aussprechen. Die SDAJ und weitere Jugendorganisationen sind mit ihrer Kampagne „Nein zur Wehrpflicht!“ seit Monaten aktiv, um über die Gefahren aufzuklären und Widerstand zu organisieren.

Es wird Zeit, dass wir uns schützend vor unsere Kinder stellen. Wollen wir sie verlieren oder wiederbekommen, verletzt an Leib und Seele, gebrochen, abgestumpft oder verroht? Nein, meine Kinder geb ich nicht!

Unterstützen wir die Kampagne „Nein zur Wehrpflicht!“ (neinzurwehrpflicht.wordpress.com)

Panzer als Spielplatz

2025 findet der Hessentag in Bad Vilbel vom 13. bis 22. Juni statt. Während des Hessentags machen junge Frauen und Männer in Fleckturn den Fahrdienst für Gehbehinderte aus den Seniorenheimen und bieten dem Publikum Essen und Musik. Meistens präsentiert man den Besuchern auch Panzer, Panzerwagen mit Maschinengewehr, Hubschrauber und einiges mehr. Groß und Klein dürfen auf und in den Panzern herum klettern. Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen aller Stufen werden eingeladen. In 90-minütigen Vorträgen bekommen sie Informationen über die Vorzüge der Bundeswehr als Arbeitgeber und für die Ausbildung.

Das Bündnis „Friedlicher Hessentag“ kritisiert explizit die Werbung und Rekrutierung bei Jugendlichen. Es kritisiert, dass das Bild vermittelt wird, militärische Macht sei der

Garant für eine friedliche Lösung von Konflikten oder man könne sie durch Militäreinsätze beenden.

Beim Hessentag, dem Fest der Hessen, sollte doch um wirklich friedliche Konfliktlösungen geworben werden, so wie es im Artikel 69 der Hessischen Verfassung verankert ist: „Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“

Da eine Entwicklung abzusehen ist, die sich immer weiter von diesem Verfassungsauftrag entfernt, rufen wir auf,

sich den Protesten anzuschließen. www.friedlicher-hessentag.de Startpunkt der Demonstration ist um 14 Uhr am Bahnhof Bad Vilbel.



Kliniken sind keine Kostentreiber

Als Begründung für die von Gesundheitsminister Lauterbach betriebene Schließung von Krankenhäusern wird immer wieder behauptet, diese seien in Deutschland besonders teuer und Verursacher der Kostensteigerung im Gesundheitswesen. Die Studie „Gesundheits- und Krankenhausausgaben im europäischen Vergleich“ der Deutschen Krankenhausgesellschaft hat diese Behauptung eindrucksvoll widerlegt. In Deutschland kostet eine stationäre Patientenbehandlung durchschnittlich etwa 6.000 Euro, in Dänemark dagegen 7.000 Euro, in den Niederlanden und der Schweiz 8.000 Euro. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt werden in Deutschland 3% für Klinikaufenthalte ausgegeben, das ist der niedrigste Anteil in der EU. Der Anteil der Krankenhauskosten an den Gesamtausgaben der gesetzlichen Krankenkassen ist von 2010 bis 2022 von 36% auf 33% gesunken.

Die wirklichen Kostentreiber im Gesundheitswesen sind die Pharmakonzerne. Für neu entwickelte Arzneimittel, die oft nur leicht veränderte alte Präparate sind, können sie in der Einführungsphase die Preise selbst festlegen. Für Krebstherapien und für die angebliche Heilung bis dahin als unheilbar gel-

tender Krankheiten verlangen sie oft für eine einzige Therapie Preise im fünf- bis sechsstelligen Bereich. Begründet wird das nicht mit den Herstellungskosten, sondern mit dem vorgeblichen Nutzen.

Private Klinikkonzerne und die Pharmaindustrie entziehen dem Gesundheitswesen Mittel in Milliardenhöhe. Die Krankenhausfinan-

zierung muss wieder auf Erstattung der tatsächlichen Kosten umgestellt werden, die Preisgestaltung der Pharmafirmen muss streng kontrolliert werden. Dann hätten wir ein Gesundheitswesen, bei dem der Mensch und nicht der Profit im Mittelpunkt steht.

Gernot Linhart



Orwell 2025

Hass heißt Liebe, Krieg heißt Frieden, Zwang heißt Freiheit – solche Sprachregelungen führte in dem Roman „1984“ von George Orwell der Große Bruder für seine Untertanen ein. Manche heutigen Sprachregelungen folgen dem Beispiel Orwells.

Zum Beispiel werden **Ver-schlechterungen** schon seit langem „**Reformen**“ genannt, staatliche **Friedensforschungsinstitute** und **Friedenspreisträger** fordern **mehr Waffen und Soldaten**.

Voll auf dieser Linie liegen die bayerischen Grünen. Sie wollen einen **sechsmonatigen Zwangsdienst** für alle Menschen zwischen 18 und 67 Jahren „**Freiheitsdienst**“ nennen. Damit liegen sie gut im Rennen um Aufmerksamkeit beim Weg zur Kriegstüchtigkeit.

Rentenbetrug

In den Koalitionsverhandlungen hat die kommende Bundesregierung u. a. vereinbart, dass die Rentenhöhe nach 45 Versicherungsjahren Vollzeitbeschäftigung bei 48% des letzten Nettoeinkommens bleiben soll – und zwar bis 2031.

Für dieses Jahr wurde eine Ren-

tenerrhöhung zum 1. 7. 2025 von 3,74% angekündigt. Zum Juli 2025 wird die Erhöhung der Pflegeversicherung um monatlich 0,2% rückwirkend ab dem 1. 1. 2025 fällig.

Die Inflation betrug im März wegen sinkender Energiepreise 2,2%, aber die Inflation alleine bei Nahrungsmitteln 3,0%.

Dies bedeutet, dass im Juli Rentnerinnen und Rentner keinerlei Verbesserung erfahren.

Und weil bei womöglich weiter steigender Inflation die sogenannte Rentenerhöhung die Realeinkommen der Rentnerinnen und Rentner in keiner Weise erhöht, wird der Begriff „Rentenerhöhung“ purer Zynismus.

Harald Römer



Liebe Leser,

habt ihr/haben Sie Geld? Dann sind Sie auf der Glücksseite dieser Welt. Denn wer Geld hat, hat Glück! Zumindest, was die gesundheitliche Betreuung betrifft. Privatpatienten bekommen bei den meisten Ärzten sofort Termine, bekommen Medikamente, die sie manchmal nicht brauchen, sind beliebt, werden in den Praxen gekuschelt. Sind Sie aber gesetzlich versichert, haben

Sie oft die A....-Karte gezogen. Wer als Großverdiener „Wert auf eine schnelle, komfortable und hoch qualifizierte medizinische Betreuung“ legt, dem steht der „Privatärztliche Notdienst Mittelhessen“ als „...unverzichtbare Alternative...“, „...fast rund um die Uhr...“, „...direkt bei den Patienten vor Ort...“ zur Verfügung. So lautet der Text einer Anzeige im Sonntag-Morgenmagazin. Sind

Sie kein „Privatpatient oder Selbstzahler“, dürfen Sie sich für eine Terminvergabe in die Schlange stellen. Auch wenn Sie sich beide Beine gebrochen haben. Und dann sprechen Karl Marx und die Kommunisten von einer Zwei-Klassen-Gesellschaft. Recht haben sie!

M.B.

Leckere Revolution

Manchmal wird es Zeit, die Politik, die ab und zu so spannend ist wie der beste Tatortkrimi, aber manchmal auch kräfteraubend, einfach liegen zu lassen und sich den ersten Cocktail des Frühlings zu mixen:

- 4 cl Rum (Havana Club Añejo 3 Años)
- 5 Erdbeeren (auch TK ist möglich)
- 2 EL Rohrzucker,
- 3 Blätter Minze, frische
- 1,5 cl Limettensaft
- Eis (zerstoßen) oder Eiswürfel
- nach Bedarf Wasser

Alle Zutaten in einen 1-Liter-Messbecher geben. Mit dem zerstoßenen Eis auffüllen und pürieren. Je nach gewünschter Konsistenz mit Wasser verdünnen oder mit Eis andicken. Gegebenenfalls mit Minze und Erdbeeren garnieren. ¡Salud!



Zum Kongress der Völker für den Frieden Bertolt Brecht: Das Gedächtnis der Menschheit

Das Gedächtnis der Menschheit für erduldete Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer.

Die Beschreibungen, die der New Yorker von den Gräueln der Atombombe erhielt, schreckten ihn anscheinend nur wenig. Der Hamburger ist noch umringt von den Ruinen, und doch zögert er, die Hand gegen einen neuen Krieg zu erheben. Die weltweiten Schrecken der vierziger Jahre scheinen vergessen.

Der Regen von gestern macht uns nicht nass, sagen viele.

Diese Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben, ihr äußerster Grad ist der Tod. Allzu viele kommen uns schon heute vor wie Tote, wie Leute, die schon hinter sich haben, was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen.

Und doch wird nichts mich davon überzeugen, dass es aussichtslos ist, der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen. Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind!

**Denn der Menschheit drohen Kriege,
gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche
sind,**

**und sie werden kommen ohne jeden Zweifel,
wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten,
nicht die Hände zerschlagen werden.**





Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de

Do. 1.5. ab 11 Uhr:

1. Mai-Demonstration und Abschlusskundgebung ab 12:00 Uhr Kirchenplatz

Sa. 3.5. ab 10:30 Uhr:

Kundgebung / Infostand DKP GI, Kugelbrunnen

Do. 8.5. ab 17 Uhr:

8. Mai - Befreiung vom deutschen Faschismus, Kundgebung, Kugelbrunnen

Di. 13.5. um 19 Uhr:

Der Ukrainekrieg: Die Wurzeln, die Akteure und die Rolle der NATO. Die andere Sicht – mit Lothar Schröter, Militärgeschichtler, im Vortragsraum, Kongresshalle

Do. 15.5. um 18 Uhr:

Bildungsabend – Ort bitte erfragen

Mi. 21.5.:

Redaktionsschluss Juni-Echo

Mi. 21.5. um 19 Uhr:

Gruppenabend DKP Gießen – Ort bitte erfragen

Fr. 30.5. ab 19 Uhr:

Stammtisch DKP GI, Chamäleon, Reichensand 9

Sa. 31.5. ab 10:30 Uhr:

Kundgebung / Infostand DKP GI, Kugelbrunnen

Sa. 14.6. um 14 Uhr:

Für einen Hessestag ohne Militär; Demonstration, Bahnhof Bad Vilbel



Sa. 16.8. ab 15 Uhr:

Sommerfest der DKP Gießen

**Her mit Arbeit, Wohnung
und Frieden für Alle!**

**Schluss mit der Politik für die Reichen,
Aufrüstung und Kriegstreiberei!**



Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** erschreckte die Gießener Wohnbau viele ihrer Mieter mit einer massiven Mieterhöhung. In der Schottstraße und im Asterweg sollten einige Wohnungen bis zu 50% teurer werden. Massive Proteste und Mieterversammlungen brachten den Vorstand unter Druck. Dieser verwies auf andere Wohnungsgesellschaften, die genauso handelten. Sogar der Parteitag des Gießener SPD-Unterbezirks sah sich gezwungen, die massive Mieterhöhung zu bedauern. Dessen damaliger Vorsitzende Dr. Schneider bemängelte allerdings nur die fehlenden Informationen durch die Wohnbau.



Vor **40 Jahren** wollte das Kaufhaus Karstadt für seine Beschäftigten variable Arbeitszeiten einführen. KAPOVAZ, „kapazitätsorientierte variable Arbeitszeiten“, wurde das genannt. Bei der damaligen Gesetzgebung zur Regelung der Arbeitszeit war das allerdings nicht einfach anzuordnen, der Betriebsrat konnte das Schlimmste verhindern. Inzwischen haben vor allem Bundesregierungen mit SPD-Beteiligung die Arbeitszeitgesetze so verändert, dass der kapazitätsorientierte Einsatz von Teilzeitkräften im Einzelhandel die Regel ist.



Vor **30 Jahren** konnten sich SPD und Grüne, die Mehrheitsfraktionen

im Gießener Stadtparlament, nicht auf einen Haushaltsplan einigen. Darunter litten vor allem Vereine und Verbände, die für ihre laufende Arbeit von städtischen Zuschüssen abhängig sind. Oberbürgermeister Mutz und Kämmerer Jost (beide SPD) wollten den ganzen „Sozial- und Umweltklimbim“, den Linke in der SPD und Grünen durchgesetzt hatten, nicht weiter finanzieren.



Vor **20 Jahren** verabschiedeten CDU und FDP das neue Hessische Schulgesetz. Verlierer dieses Gesetzes waren die Hauptschüler. Für sie wurde eine schulische Weiterbildung nach der neunten Klasse erschwert. Für Schulabgänger ohne Ausbildungsplatz wurde die Schulpflicht abgeschafft, sie wurden sich selbst überlassen.



Vor **10 Jahren** beschloss das Stadtparlament, dass die Zeitspanne zwischen dem Tod und der Ehrung einer Person, z.B. durch eine Straßenbenennung oder Errichtung einer Stele, von 10 auf 20 Jahre erhöht wird. Dieser Beschluss, getragen auch von SPD und Grünen, wurde mit Recht „Lex Ria Deeg“ genannt. Die Antikommunisten hofften, es gäbe zu einem späteren Zeitpunkt kaum noch Bürger, die sich für eine Ehrung von Ria Deeg einsetzen.

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; **verantw.:** Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Gießener Echo / DKP Gießen Postfach 110340 35348 Gießen oder E-Mail: giessen@dkp.de Internet: www.giessen.dkp.de

Mach mit! Werde Mitglied in der **DKP oder **SDAJ****